parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 18 — 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Rückkreisung der Stadt Eisenach

3 Gesetz bringt gläserne Verwaltung

4 Thüringen wird zum „sicheren Hafen“

5 Straßenausbaubeiträge sind abgeschafft

Kommentar

Ein Wert an sich

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow
Fraktionsvorsitzende

Ich finde es immer ein bisschen putzig, wenn Menschen über finanzielle Entlastung diskutieren, die genug Geld haben, und natürlich sehr hübsch darüber philosophieren können, dass Beitragsfreiheit überhaupt kein Thema im Land ist. Die CDU ist dafür verantwortlich, dass das Land Thüringen über mehrere Jahrzehnte als Niedriglohnland bekannt war. Sie hat mit diesem Label für Thüringen geworben und damit auch dafür gesorgt, dass es eben immer noch Niedriglöhne in diesem Land gibt.
Wir haben uns als Rot-Rot-Grün natürlich bemüht, das auszugleichen. Aber wenn wir auch in der neuesten Studie lesen, dass es in Erfurt Ortsteile gibt, wo 50 Prozent der Kinder von Armut bedroht sind oder in Kinderarmut leben, dann hat das doch was mit Elternarmut zu tun, die wir jetzt Schritt für Schritt versuchen wieder aufzuheben.
Und was hat das eigentlich mit dem Kindergartengesetz zu tun? Ganz einfach. Die Beitragsfreiheit, die wir jetzt schaffen, entlastet Familien, schafft tatsächlich auch ein finanzielles Polster, in den Urlaub fahren zu können, tatsächlich mal das Stadtviertel oder das Dorf zu verlassen und sich möglicherweise auch mal in Museen zu informieren. Gerechtigkeit ist doch wirklich kein Selbstzweck. Gerechtigkeit, auch in der Bildungsfrage, im Zugang zur Bildung, ist doch ein Punkt, wie wir Spaltung in der Gesellschaft verhindern oder wieder zurückdrehen. Wenn kleine Kinder miteinander, egal was ihre Eltern verdienen, zusammen in den Kindergarten gehen, ist das ein Wert an sich.

Aus der Rede von Susanne Hennig-Wellsow im Landtag zum neuen Kindergartengesetz

Familien entlasten

Nächster rot-rot-grüner Schritt hin zu gebührenfreier Bildung

Der Landtag hat am 12. September das Kindergarten-Gesetz beschlossen. Damit hat Rot-Rot-Grün den nächsten wichtigen Schritt hin zu komplett gebührenfreier und hochwertiger frühkindlicher Bildung und Betreuung in Thüringen getan. Gleichzeitig wurde der Titel des Gesetzes von Kita-Gesetz in Kindergarten-Gesetz geändert.

Die Novelle bringt spürbare Verbesserungen für Vier- bis Fünfjährige durch einen veränderten Betreuungsschlüssel, wovon ca. 17.800 Kinder profitieren. Für günstigere Regelungen zum personellen Ausgleich von Krankheits-, Urlaubs- und Weiterbildungszeiten erhalten die Einrichtungen zusätzliche ca. 530 Personalstellen. Außerdem stellt das Land 100 Stellen für ein Modellprojekt „Aufbau multiprofessioneller Teams“ zur Verfügung. Mit dem nun beschlossenen Gesetz werden 58 Prozent der zusätzlichen Mittel in Qualitätsverbesserungen und 42 Prozent in Beitragsfreiheit investiert.

„In dieser Legislaturperiode haben wir für zusätzliche 1.100 ErzieherInnen gesorgt, ohne Eltern oder Kommunen damit zu belasten. Mit den erreichten Verbesserungen steht nun mehr Zeit für die Arbeit mit Kindern zur Verfügung. Gleichzeitig haben wir massiv in den Ausstieg aus den Elterngebühren investiert, indem am 1.1.2018 das erste und nun ab 1.8. 2020 das zweite beitragsfreie Jahr beschlossen wurde. Damit können Familien insgesamt um ca. 3000 Euro entlastet werden“, unterstreicht Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Einen Ökobonus weitergeben

Klimabeschlüsse sind „sozialpolitischer Offenbarungseid“

Zur Debatte um das Klimaschutzpaket der Bundesregierung hatte der energiepolitische Sprecher der LINKE-Landtagsfraktion, Steffen Harzer, gesagt: „Die Klimabeschlüsse der großen Koalition sind ein sozialpolitischer Offenbarungseid.“

Kleine Einkommen und Renten würden, so der Landtagsabgeordnete weiter, „klimapolitisch kaltgestellt und mit hohen Kosten belastet, da diese sich keine energie- und damit klimaeffizienten Anlagen leisten können“. Die Mehreinnahmen aus der CO_2-Steuer müssten mit einem Ökobonus an Menschen mit geringen Einkommen und Familien weitergegeben werden.

Mit Kritik reagiert der LINKE-Abgeordnete auch auf die Änderungen bei der Pendlerpauschale. Sie werde ab 2021 um lediglich fünf Cent pro Kilometer steigen, aber erst ab dem 21. Kilometer sowie zeitlich befristet bleiben. „Der durchschnittliche Pendler in Deutschland legt allerdings nur 16,91 km zurück“, verwies Steffen Harzer auf Daten des ADAC. „Der Staat finanziert seine überfälligen Maßnahmen zu Lasten der Bürger und verabsäumt, wirkliche Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen, wie eine höhere Kerosinsteuer, einen früheren Kohleausstieg und mehr ÖPNV“, so der Energiepolitiker.

Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, hatte gesagt: „Gegen die drohende Klimakatastrophe müssten jetzt entscheidende Weichenstellungen vorgenommen werden. Statt eines weichgespülten Kurses sind deutliche Vorgaben und klare Regeln für nachhaltiges Wirtschaften, Produzieren und Leben nötig. Die Verursacher der Klimakrise müssen dazu gebracht werden, ökologisch nachhaltiger zu agieren Dieses Umsteuern muss sozial gerecht gestaltet sein und darf nicht diejenigen am meisten belasten, die den geringsten Anteil an der Klimakrise haben.“

In Thüringen mobilisiert „Fridays for Future“ für den 27. September zu einem zentralen Klimastreiktag nach Erfurt.

„Die NSU-Aufklärung muss weitergehen“

Rot-rot-grüne Empfehlungen zu Konsequenzen aus dem Untersuchungsausschuss

In einer Sitzung am 1. Oktober wird der Landtag den Abschlussbericht des zweiten Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ beraten.

Der Ausschuss hatte gemeinsame Empfehlungen beschlossen. Darüber hinaus bedarf es aus Sicht von Rot-Rot-Grün weiterer Reformen. „In der Polizei müssen Fehler bei Einsätzen erkannt und reflektiert werden. Dazu sind bereits in der Ausbildung die Weichen zu stellen. Demokratiebildung sowie die Problematisierung von diskriminierenden und rassistischen Einstellungen müssen verstärkt werden“, sagte Madeleine Henfling (GRÜNE).

Gefordert wird eine unabhängige Stelle für alle staatlichen Behörden, um Hinweise aufzunehmen. „Wie sollen sonst Fehler vermieden werden, wenn diese nicht offen angesprochen werden können?“, so Birgit Pelke (SPD).

„Es konnten nicht alle offenen Fragen beantwortet werden, die Aufklärung muss weitergehen“, betonte Katharina König-Preuss (LINKE). „Dazu soll ein NSU-Archiv im Staatsarchiv eingerichtet werden, zu dem die verschiedenen Akteure der Gesellschaft Zugang haben. Hier sollen alle Unterlagen, die auch der Untersuchungsausschuss einsehen konnte, archiviert werden. In dieses NSU-Archiv müssen eben auch die Akten des Verfassungsschutzes hinein.“ Zudem müßten die Regeleinstufungen für geheime Verfassungsschutzakten deutlich herabgesetzt werden.

Außerdem sollen der Waffenbesitz bei Personen der rechtsextremen Szene unterbunden und ein Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus in der Gesellschaft erarbeitet sowie die Kommunen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus unterstützt werden. Die Abschiebung von Menschen ohne sicheren Status, die Opfer oder Zeugen bei Strafverfahren seien,müsse ausgesetzt und auf Bundesebene endlich ein Bleiberecht für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt gesetzlich festgelegt werden.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Waldgesetz

Tafelsilber

Mit dem jetzt beschlossenen Waldgesetz will Thüringen als erstes Bundesland Spekulationen mit Waldgrundstücken unterbinden. Rot-Rot-Grün schafft ein Vorkaufsrecht für Waldgrundstücke zur Verbesserung der Bewirtschaftbarkeit des Waldes durch benachbarte Waldbauern und Landwirte.

Nach jahrhundertelanger Zersplitterung der Waldflurstücke durch Erbteilungen beschreiten wir damit einen Weg, benachbarte Flächen wieder in der Hand derer, die den Wald bewirtschaften wollen, zusammenzuführen. Der Ankauf von Wald oder landwirtschaftlicher Nutzfläche durch Spekulanten wird damit deutlich erschwert. Ein Leitbild soll künftig den Vorrang regionaler Bewirtschafter des Waldes beim Flächenerwerb untersetzen.

Ein weiterer Meilenstein im neuen Waldgesetz ist das Verbot des Verkaufs von Kommunalwald zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung. In der Vergangenheit waren Gemeinden häufig gezwungen, zum Schließen von Finanzlöchern ihren Wald zu verkaufen. Das hat nun ein Ende. Unser Tafelsilber muss für kommende Generationen bewahrt werden.
Das Gesetz bringt weiterhin Klarheit beim Eigentum an Waldgenossenschaftsanteilen, regelt Reiten und Radfahren im Wald neu und schafft Voraussetzungen zur besseren Bekämpfung des Waldsterbens in Folge von Schädlingsbefall.

Gemeindeneugliederungen für bessere Strukturen

Weitere Gesetze beschlossen/Eisenach kommt in den Wartburgkreis

Der Landtag hat das rot-rot-grüne Gesetz für weitere 18 Gemeindeneugliederungen sowie die Rückkreisung von Eisenach in den Wartburgkreis beschlossen. „Damit hat jede zweite Gemeinde die Chancen der freiwilligen Neugliederung genutzt. Das ist eindeutig Beleg dafür, dass sich die Thüringer Gemeinden den Herausforderungen der Zukunft stellen“, sagte Frank Kuschel, Kommunalpolitiker der Linksfraktion.

Dazu gehören insbesondere die Sicherung des Berufsnachwuchses und die Bündelung der finanziellen Ressourcen im Bereich der notwendigen Investitionen. Zudem werden mit dem Gesetz die Finanzhilfen entfristet. „Das kann zu Recht als Signal verstanden werden, dass nach der Landtagswahl der Prozess der freiwilligen Gemeindegebietsreform fortgesetzt und finanziell unterstützt wird“, hob der Landtagsabgeordnete hervor.

Ein starker Wartburgkreis

Mit der Neugliederung des Landkreises Wartburgkreis und der Stadt Eisenach entsteht durch eine Bündelung der Kräfte sowie eine effizientere Nutzung der Ressourcen eine starke Region. In der Plenardebatte am 12. September hatte die LINKE-Abgeordnete Anja Müller von einem Meilenstein gesprochen, der „in die kommunalen Geschichtsbücher eingehen wird“. Damit werde ein Fehler wieder gutgemacht, „der vor zwanzig Jahren begangen wurde. Die Region wächst zusammen und eine kreisfreie Stadt wird wieder in die Region zurückgeführt. Und keiner der Beteiligten muss als Verlierer herausgehen“.

Als altes und neues Kreistagsmitglied im Wartburgkreis betonte sie zudem: „Ich bin dankbar, dass wir das heute abschließen werden: im Sinne der Menschen, im Sinne eines weiteren starken Wachstums in der Westthüringer Region – die hat es einfach verdient und die Menschen schon lange.“

Kreisstadt Bad Salzungen und Große Kreisstadt Eisenach

Außerdem verwies Anja Müller auf den stattgefundenen Interessenausgleich zwischen dem Status „Große Kreisstadt“ und „Kreisstadt“.

Dazu sagte die Landtagsabgeordnete: „Und wir brauchen – und da bin ich nicht Lokalpatriotin, man sieht es ja – Bad Salzungen als Brückenfunktion für die Rhön, damit dahinten nicht alles vergessen wird, auch mit den Status ‚Kreisstadt‘. Und Eisenach natürlich auch, das ist eine herausragende kulturhistorische Stadt; und dass sie diesen Status ‚Große Kreisstadt‘ neben ‚Hochschulstadt‘ auch noch hat und auf das Schild vorne schreiben kann, ist enorm wichtig. Auch für die Region im Hainich ist das wichtig, denn die Region lebt nicht zuletzt auch vom Tourismus, weil sich die Wirtschaftskraft entlang der A 4 größtenteils befindet und nicht in der südlichen Wartburgregion.“

Erleichterung unmittelbar nach dem nun endlich gefassten Landtagsbeschluss zur Rückkreisung Eisenachs in den Wartburgkreis bei Landrat Reinhard Krebs (CDU), der Eisenacher Oberbürgermeisterin Katja Wolf (LINKE) und der LINKE-Landtags- und Kreistagsabgeordneten Anja Müller.

Gläserne Verwaltung

Thüringer Landtag beschließt das rot-rot-grüne Transparenzgesetz

„Mehr Bürgerbeteiligung, demokratische Kontrolle und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen, das bringt das neue Thüringer Transparenzgesetz“, sagte Steffen Dittes, Innenpolitiker der LINKE-Fraktion. Dabei geht es um Beschlüsse, Verträge oder Gutachten, die in Entscheidungen eingeflossen sind. „Viele Bürger haben dazu berechtigte Fragen. Mit dem Transparenzportal werden Informationen veröffentlicht, unabhängig davon, ob sie beantragt oder erfragt werden.“

Es ist höchste Zeit gewesen, das Gesetz „endlich weiterzuentwickeln zu einem wirklichen Transparenzgesetz“, hatte Steffen Dittes in seiner Landtagsrede betont und auch auf die umfangreiche Anhörung von Expertinnen und Experten hingewiesen. So flossen rund 25 Neuerungen im Fachausschuss und in der Plenarsitzung ein. Dazu gehört eine Ausdehnung der Veröffentlichungspflichten auf Studien und Gutachten, die von Behörden beauftragt wurden und Eingang in Entscheidungen fanden, aber auch auf Dienstanweisungen und Richtlinien von Behörden oder Übersichten zu Finanzhilfen des Landes.

Die Menschen sind nicht Bittsteller bei Verwaltungen

Warum dies alles aus Sicht von Rot-Rot-Grün so wichtig ist, hatte der LINKE-Abgeordnete gleich zu Beginn seiner Rede verdeutlicht: „Denn auf der Höhe der Zeit ist tatsächlich Beteiligung von Menschen an Entscheidungsprozessen, auch an politischen Entscheidungsprozessen in der Kommune, im Land. Und das setzt eines voraus, dass Menschen Informationen haben, über die sie verfügen müssen, wenn sie tatsächlich mitreden, mitdiskutieren, mitgestalten und schließlich auch mitentscheiden wollen. Und wenn der Zugang zu Informationen bislang verwehrt oder einem sehr komplizierten Antragsverfahren unterworfen war, dann müssen wir uns Gedanken machen, wie wir Informationen den Menschen in diesem Land zugänglich machen. Und das heißt eben: Proaktive Veröffentlichung von Informationen(...) Das heißt, die Menschen nicht zum Bittsteller gegenüber Verwaltungen zu machen.“

Gemeinsames Gestalten

Nunmehr müsse, so Steffen Dittes, für die Transparenz geworben werden, „und zwar einerseits bei den Bürgerinnen und Bürgern, diese Transparenz für politische Mitbestimmung zu nutzen, aber andererseits auch in den Verwaltungen, diesen Paradigmenwechsel nachvollziehen zu können, dass Transparenz eben nicht als Misstrauen, sondern als eine Basis des gemeinsamen Gestaltens von Gesellschaft verstanden wird.“

Kernstück des neuen Thüringer Transparenzgesetzes ist die Einführung des Transparenzportals, wo Behörden zukünftig kostenfrei, für die Bürger ohne Registrierungszwang, Informationen zur Verfügung stellen.

Darüber hinausgehend können Informationen auf Antrag erlangt werden, die bei geringfügigem Aufwand verwaltungskostenfrei sind. „Um ausufernde Kosten zu vermeiden, haben wir jedoch eine Höchstgrenze von 500 Euro ins Gesetz aufgenommen. Die kommunale Ebene wird über ein Modellprojekt eingebunden“, so der LINKE-Abgeordnete Steffen Dittes.

Professorinnen an Hochschulen

Mit dem gestiegenen Frauenanteil bei den Professuren an den Thüringer Hochschulen setzten sich Christian Schaft, Hochschulpolitiker der Linksfraktion, im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage und Karola Stange, Gleichstellungspolitikerin, bei einem Antrag von Rot-Rot-Grün im Gleichstellungsausschuss auseinander. „Der Professorinnenanteil lag 2018 in Thüringen bei 21,8 Prozent. 2014 waren es nur 17,4 Prozent. Dabei gibt es deutliche Unterschiede in den Fächergruppen - bei den Geisteswissenschaften 36 Prozent, bei den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften sowie in der Veterinärmedizin 37 Prozent. Eine nur geringe Steigerung ist bei den Ingenieurswissenschaften auszumachen: Von 10,2 Prozent im Jahr 2014 auf 13,4 Prozent im Jahr 2018“, so Karola Stange.

„Über alle Hochschulen und Fächergruppen hinweg hat sich die Anzahl der Professorinnen von 2014 zu 2018 um 27,3 Prozent erhöht. Damit im Zusammenhang steht auch die gestiegene Ernennungsquote von Frauen auf Professuren auf 44 Prozent“, sagte Christian Schaft. Dabei liegt die Ernennungsquote für 2016, 2017 und 2018 an der Universität Erfurt mit 71,4 Prozent besonders hoch und am niedrigsten an der TU Ilmenau mit 13,3 Prozent.

„Die aktuelle Rahmenvereinbarung und insbesondere die Ziel- und Leistungsvereinbarungen zeigen Wirkung und die Hochschulen reagieren mit der notwendigen Sensibilität bei den Berufungen. Die Sorge um mehr Geschlechtergerechtigkeit ist an den Hochschulen angekommen“, stellte Karola Stange fest. Und auch Christian Schaft meinte, dass die Vielzahl der Maßnahmen zur Frauenförderung erste Erfolge zeitigen. Das novellierte Thüringer Hochschulgesetzes werde diese Entwicklung noch verstärken.

Es gelte auch in der kommenden Legislatur, so der LINKE-Hochschulpolitiker weiter, „die Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit intensiv zu fördern. Der Professorinnenanteil von lediglich 21,8 Prozent kann uns nicht zufriedenstellen. Bei einer flächendeckenden Einführung eines so genannten Kaskadenmodells in den Gleichstellungplänen der Hochschulen müssen sich höherrangige Ebenen, wie Professuren, an dem Frauenanteil der unteren Ebenen, wie dem Anteil von weiblichen Promovierenden und Studierenden, orientieren. Dies würde für eine fächergruppenübergreifende Erhöhung des Frauenanteils sorgen.“ Die Berücksichtigung eines solchen Modells finde sich bisher nur in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen der FSU Jena und der TU Ilmenau.

» Zulagen

Dass die Landesregierung auf Anfrage des LINKE-Abgeordneten Rainer Kräuter in der Plenarsitzung am 13. September bekräftigt hat, eine Ungleichbehandlung beim Zulagensystem zu überwinden, wird von dem Gewerkschaftspolitiker ausdrücklich begrüßt. Thüringer Beamtinnen und Beamte wurden bei einer Übung der Bundespolizei im Mai wahlweise als Absicherungskräfte und als Opferdarsteller eingesetzt. Erstere erhielten die Zulage „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ (DUZ), letztere gingen dahingehend leer aus, da ihre Tätigkeit einer Übung gleichkomme. „Den Ausschluss für Übungen zu streichen, ist eine richtige Konsequenz, die zu mehr Gerechtigkeit führen wird.“

» Azubi-Ticket

Wie Infrastrukturministerin Birgit Keller (LINKE) auf Anfrage im Landtag mitteilte, sei das Thüringer Ticket für Auszubildende, kurz: Azubi-Ticket, im August von ca. 4.900 Auszubildenden genutzt worden, im September gehe man von etwa 6.500 Nutzern aus. Nach wie vor ist es so, dass sich lediglich der Landkreis Greiz mit der CDU-Landrätin Martina Schweinsburg gegen eine solche Vergünstigung für Auszubildende sperrt. Das Ticket kostet 153,89 Euro je Monat. Davon bezahlen die Jugendlichen nur 50 Euro. Die Differenz von 103,89 Euro monatlich übernimmt der Freistaat Thüringen. Das Azubi-Ticket gilt nahezu landesweit für die Benutzung von Bus, Bahn und Straßenbahn.

» Ehrenamt

„Ehrenamtlich Tätige leisten einen wertvollen Beitrag für die Erfüllung des Gemeinwohls. Der Einsatz von Ehrenamtlichen kann nicht hoch genug geschätzt werden und verdient deutlich mehr Anerkennung. Ein wichtiger Schritt wäre deshalb, die Ehrenamtsförderung als Verfassungsauftrag festzuschreiben, den Bestand und Ausbau abzusichern und damit das Ehrenamt zu stärken“, sagte die LINKE-Abgeordnete Karola Stange. Auf gemeinsamen Antrag der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen hatte sich der Landtag am 11. September im Rahmen einer Aktuelle Stunde mit dem ehrenamtlichen Engagement und dessen Festschreibung als Verfassungsauftrag befasst.

Bilanz der Verbraucherinsolvenzberatung

Fachgespräch im Landtag zur Umsetzung der Förderrichtlinie und Qualitätskriterien

Kurz vor dem Ende der Legislaturperiode hatten die verbraucherpolitischen Sprecherinnen Diana Skibbe (LINKE), Eleonore Mühlbauer (SPD) und Babette Pfefferlein (Grüne) Vertreter*innen der Verbraucherzentrale, der Landesarbeitsgemeinschaften und Fachberatungsstellen zu einem Fachgespräch zur Verbraucherinsolvenzberatung in den Landtag eingeladen.

Thema war u.a. die Umsetzung der Förderrichtlinie und der Qualitätskriterien zur Verbraucherinsolvenzberatung. Minister Dieter Lauinger (Grüne) verwies auf die Stärkung des Verbraucherschutzes in dieser Legislatur und benannte Zahlen in der Haushaltentwicklung. Während in den Jahren 2009 bis 2014 jährlich 1,5 Mio. Euro im Haushalt eingestellt waren, wurden seit 2015 die Mittel für die Verbraucherinsolvenzberatung stetig erhöht. Im Haushalt 2020 stehen über 2,6 Mio. Euro zur Verfügung. Die Beratungsstellen konnten in dringend benötigte Sachmittel und Lohnerhöhungen investieren. Dieser Weg soll in der nächsten Legislatur weitergegangen werden. Beispielsweise wurde in neue Technik und Software investiert, und nun kann auch das „Videodolmetschen" in den Beratungsstellen genutzt werden, welches gut funktioniere.

Auch Diana Skibbe zog Bilanz: „Immerhin hat es die Verbraucherzentrale mit etwa einer halben Seite in den Koalitionsvertrag geschafft und wir haben diese auch besser ausgestattet und auf solide Füße gestellt." Notwendig sei es, sich die Auszahlungsmodalitäten der Landeszuschüsse anzuschauen. „Denn jeder begreift doch sofort, dass späte Auszahlungen der Mittel zu unnötigen Unsicherheiten bei den Mitarbeiter*innen führen, was sich durchaus auch auf Motivation und Kreativität auswirken kann. Dennoch dürfen wir als Koalitionsfraktionen auch ein wenig stolz auf das Erreichte sein", sagte die LINKE-Politikerin und verwies auch auf das Modellprojekt Schulverpflegung, welches sich seit einem Jahr in der Praxis befindet und immer mehr an Fahrt aufnimmt.

„Aufgabe für die Zukunft ist es nun, das bestehende vielfältige Netzwerk an Beratungsstellen in Thüringen zu stabilisieren, an die sich verändernden Bedingungen anzupassen und dabei gute tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen und Arbeitsverträge für die Beschäftigten zu schaffen", so Diana Skibbe, die für die engagierte Arbeit der Berater*innen und die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren dankte.

Sigrid Hupach

Bundesratsinitiative

Mehrwertsteuer

Die aktuelle Bundesratsinitiative Thüringens zur Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Monatshygieneartikel für die Menstruation auf sieben Prozent zum nächstmöglichen Zeitpunkt hat Karola Stange, Gleichstellungpolitikerin der Linksfraktion, nochmals ausdrücklich begrüßt.

Bisher liegt der Steuersatz für Monatshygieneartikel bei 19 Prozent. Damit werden sie nicht als Artikel des täglichen Bedarfs gewertet, sondern als Luxusartikel. Der ermäßigte Steuersatz von sieben Prozent gilt für alle wichtigen Dinge des täglichen Bedarfs. Vermeintlich. Denn unter „täglichem Bedarf" werden nicht nur Grundnahrungsmittel wie Brot oder Milch verstanden, sondern zum Beispiel auch Kaviar, Sammelmünzen, Schnittblumen oder dekorative Bildwerke. Auf der Seite des Bundesfinanzministeriums heißt es dazu: „Das Prinzip ist einfach: Das, was im Alltag gebraucht wird, wird auch niedriger besteuert."

Karola Stange: „Da fragt man sich doch, was im Alltag dringender gebraucht wird: Kaviar und Sammelmünzen oder Tampons und Binden? Die Periode ist kein Luxus und sie ist nichts, wogegen oder wofür sich Frauen entscheiden können. Für sie gehört die Periode zum Alltag und damit auch entsprechende Hygieneprodukte. Die hohe Besteuerung dieser Produkte stellt eine fiskalische Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts dar. Wir unterstützen daher das Anliegen der Bundesratsinitiative ausdrücklich und möchten auch dafür sorgen, dass auf öffentlichen Toiletten Tampons und Binden kostenfrei zur Verfügung stehen."

„Nicht länger reden"

R2G-Antrag beschlossen: Thüringen wird sicherer Hafen

In Anlehnung an den Osterappell von 223 Abgeordneten des Bundestages hat sich der Thüringer Landtag zum Schutz von Menschenleben auf dem Mittelmeer und zur Einhaltung der Menschenrechte bekannt. In der Sitzung am 13. September beschloss er den Antrag „Für ein Europa der Menschenrechte - Thüringen wird sicherer Hafen", der von Rot-Rot-Grün vorgelegt worden war. Für die LINKE-Fraktion hatte deren Flüchtlingspolitikerin Sabine Berninger in der Plenardebatte gesprochen und gesagt (Auszüge aus dem Plenarprotokoll):

Wir wollen aus Thüringen ein anderes Signal senden. Wir wollen selbst Haltung zeigen", betonte Sabine Berninger und verwies auf Punkte aus dem Antrag der Koalitionsfraktionen:

„Die Bundesrepublik soll die Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen selbst anbieten. Denn alle schönen Worte bleiben leere Phrasen, wenn daraus nicht auch Taten werden. Vom Bundesaußenminister waren in den letzten Monaten immer mal wieder schöne Worte zu hören. Mit ‚Das Geschachere um die Seenotrettung muss endlich ein Ende haben.' hatte er Mitte Juli eine Initiative der Bundesregierung angekündigt. Und: Deutschland wolle eine Vorreiterrolle übernehmen. – Aber leider ist es dabei geblieben. Die Vorreiterrolle besteht bislang lediglich darin, dass europäische Partner*innen zwar Zustimmung signalisiert haben, aber darüber hinaus noch nichts passiert ist. Mit unserem Antrag geht ein ganz klarer Auftrag an Heiko Maaß: Nicht länger reden, Herr Maaß! Nicht länger ankündigen, Herr Maaß, sondern einfach machen, Herr Maaß!"

Rot-Rot-Grün wolle auch auf Landesebene aktiv werden. „Deswegen", so Sabine Berninger weiter, „ist unser Antrag nicht lediglich Symbolpolitik. Wir wollen, dass Thüringen sich bereit erklärt, außerhalb der vorgesehenen Aufnahmequote aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen, ein Landesprogramm aufzulegen für in Seenot gerettete Geflüchtete, darin enthalten die aktive Unterstützung von Kommunen, die sich für die Aufnahme geretteter Menschen entscheiden." In diesem Aufnahmeprogramm müsse beispielsweise geregelt werden, „dass die Kosten, die für die Aufnahme und Unterbringung und auch Integrationsmaßnahmen für diese Geflüchteten entstehen, durch das Land übernommen werden sollten. Damit erhoffen wir uns, dass Kommunen, die im Moment darüber nachdenken, ob sie der Initiative ‚Seebrücke – Schafft sichere Häfen' beitreten, eine Entscheidungserleichterung haben, dass unser Landesprogramm, das dann schnell aufgelegt werden muss, die Entscheidung erleichtert, sich für die Aufnahme vor dem Ertrinken geretteter Menschen zu entscheiden."

„Meine Damen und Herren, Thüringen braucht selbst keinen Hafen im Wortsinne, um sicherer Hafen zu sein. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu", appellierte Sabine Berninger an die Abgeordneten. Zustimmung kam aber lediglich von den Koalitionsabgeordneten.

Beiträge abgeschafft

Frank Kuschel: „Mit vielen Partnern um Veränderungen gerungen“

Der Thüringer Landtag hat am 12. September das Gesetz zur Auhebnung der Straßenausbaubeiträge beschlossen. Der LINKE Abgeordnete Frank Kuschel, der sich von Anfang an dafür stark gemacht hatte, brachte in seiner Plenarrede zunächst seine Freude darüber zum Ausdruck:

Das Gesetz zeigt, politische Entscheidungen brauchen manchmal ihre Zeit, aber wenn man dranbleibt, Partner gewinnt und nach Mehrheiten ringt, können auch Dinge gelingen, die vor einigen Monaten noch unvorstellbar waren“, sagte Frank Kuschel und dankte allen, „die daran mitgewirkt haben, dass wir heute ein solches Gesetz verabschieden können“.

Über Jahre wurde versucht, „eine Regelung zu treffen, mit der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, aber auch die Kommunen, das Land umgehen können“. Und natürlich könnte er sagen: „Wir als Linke hatten von Anfang an Bedenken, ob ein Instrument aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert noch geeignet ist, am Ende des 20./Beginn des 21. Jahrhunderts zu wirken. Wir haben diese Frage schon 1994 mit Nein beantwortet und haben seitdem mit vielen Partnern, mit vielen Bürgerinitiativen um Veränderungen gerungen.“

Frank Kuschel weiter: „Wenn wir die Straßenausbaubeiträge vor zwei oder drei Jahren gesetzlich abgeschafft hätten, wären wir auch noch Vorreiter in der Bundesrepublik gewesen. Jetzt vollziehen wir zum Teil eine Entwicklung nach, die in anderen Bundesländern bereits auf den Weg gebracht worden ist. Das hat natürlich den Vorteil, dass wir auf dortige Erfahrungen zurückgreifen können. Bekanntermaßen hat Baden-Württemberg schon 1997 diese Beiträge abgeschafft, 2012 Berlin, im vergangenen Jahr Bayern und inzwischen haben auch Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, die entsprechende Gesetze auf den Weg gebracht. Wir ziehen jetzt entsprechend nach.“

Der LINKE Landtagsabgeordnete betonte: „Was mich bei der CDU gestört hat, es ist wieder nicht ein einziger eigener Vorschlag auf dem Tisch. Wenn Sie tatsächlich ihre Ansage ernst meinen, dass auch Sie das Problem lösen wollen, und Sie andererseits der Auffassung sind, dass unser Lösungsvorschlag Ihren Vorstellungen nicht entspricht, dann gehört es sich doch parlamentstechnisch, parlamentsrechtlich, dass man eigene Vorschläge vorbringt. Wir haben das als Opposition gemacht. Wir haben eigene Gesetze vorgelegt, auch zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen. Sie als CDU haben das bisher versäumt, keine Änderungsanträge gebracht.“

Protokolle der Reden der Abgeordneten sind auf den Internetseiten des Landtags nachzulesen unter: www.thueringer-landtag.de/plenum/protokolle/

CDU-Wahlkampf-Populismus

Nachdem sich die CDU-Abgeordneten bei der Abstimmung zum Gesetz zur Aufhebung der Straßenausbaubeiträge am 12. September im Landtag der Stimme enthalten hatten, beantragte deren Parlamentarischer Geschäftsführer Jörg Geibert eine Sitzungsunterbrechung zur Durchführung einer Fraktionssitzung.

Die Intervention der LINKE-Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow, ob das „nicht wenigstens irgendwie mal begründet werden“ müsse, wurde mit Verweis auf die Geschäftsordnung des Landtages zurückgewiesen. Nach der Auszeit, da war es schon früher Abend, ging es im Parlament ohne Erklärung weiter. Derweil wurde es unruhig, denn wie sich dann herausstellte, hatte die CDU-Fraktion die Journalisten zu einer Pressekonferenz zusammengetrommelt. Dort erklärte der Fraktionsvorsitzende Mike Mohring den überraschten Medienvertretern, dass die Fraktion soeben beschlossen hätte, käme sie zurück in die Regierungsverantwortung für eine Rückzahlung der Bürgerbeiträge für den Straßenausbau seit der Wiedervereinigung zu sorgen. Die Kosten veranschlagte er mit 500 bis 600 Millionen Euro. Außerdem kündigte Mohring eine CDU-Unterschriftensammlung für die Rückzahlung an.

Als blanker CDU-Wahlkampf-Populismus wurde dies von den Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen in einer ersten Einschätzung den Medienvertretern gegenüber bewertet. Susanne Hennig-Wellsow (LINKE): „Diese CDU-Fraktion ist wirklich völlig im Eimer. Erst seit 30 Jahren die Straßenausbaubeiträge verteidigen. Dann nach der Abschaffung der Beiträge durch Rot-Rot-Grün die komplette Rückzahlung fordern. Offenbar ist Mike Mohring im freien Fall als Kamikaze unterwegs.” Matthias Hey (SPD): „Dies ist eine politische Verzweiflungstat. Und es ist grob fahrlässig, mehr als eine halbe Milliarde Euro einfach mal so dafür ausgeben zu wollen.“ Dirk Adams (Grüne): „Das entspricht einem Ministeriumshaushalt oder zwei Mal dem Haushalt des Umweltministeriums. Es ist unfinanzierbar.“

Am nächsten Tag hatte sich Ministerpräsident Bodo Ramelow im Landtag auch dazu geäußert: „Wer gestern beim Abschaffen der Straßenausbaubeiträge einfach schweigt, einfach keinen Antrag vorlegt, einfach nichts vorlegt, wie man es anders hätte machen können, wer eingeladen war vom ersten Tag an in die Staatskanzlei, nämlich ausdrücklich die CDU – ich habe ausdrücklich gesagt, lasst uns einen Fahrplan machen, damit wir das nicht im Wahlkampf haben. Denn es geht nicht um CDU oder SPD oder Bündnis 90/Die Grünen, es geht darum, ein gesellschaftliches Thema abzuräumen, das wir uns nicht um die Ohren hauen sollten. Dann die Landtagssitzung zu unterbrechen, rauszugehen, eine PR-Aktion zu machen und zu sagen, dass sie ab Montag Unterschriften sammeln werden, dass diese Unterschriften sich darauf richten werden, dass wir 500 bis 600 Millionen Euro für Straßenausbaubeiträge an die Bürger zurückzahlen sollen, die Sie kassiert haben. Sie haben die Bürger gezwungen, Sie haben die Bürgermeister gezwungen, Sie haben die Menschen gegeneinander in Stellung gebracht. (…) Das Einzige, was Sie können, ist Unterschriften sammeln, aber keine Vorschläge machen.“

Schutz für Gerichtsvollzieher

...und Schuldner

In letzter Zeit sind bundesweit verstärkt Berichte zu lesen über Fälle, in denen Gerichtsvollzieher bei Vollstreckungsmaßnahmen Opfer von körperlicher Gewalt geworden sind – auch unter Verwendung von Schusswaffen.

Für Thüringen gibt es zwar keinen ganz aktuellen Fall. Aber im benachbarten Sachsen haben mittlerweile solche Fälle - vor allem mit Schuldnern aus der rechtsextremen sog. „Reichsbürgerszene“ - zu einer neuen gesetzlichen Regelung geführt. Sie gibt Gerichtsvollziehern bei der Polizei ein Auskunftsrecht, ob es zu bestimmten Schuldnern Hinweise auf mögliche Gefahren gibt.

Die CDU-Fraktion brachte daraufhin diese Regelung im Thüringer Landtag als Gesetzentwurf ein. Die Die Fraktionen der R2G-Koalition signalisierten, dass auch sie für den umfassenden Schutz von Gerichtsvollziehern sind, dass aber bei neuen Regelungen geprüft werden muss, ob sie überhaupt notwendig sind oder nicht auch vorhandene Vorschriften ausreichen, ob das angestrebte Ziel mit der Regelung wirksam erreicht werden kann und ob die Rechte der Schuldner noch ausreichend geschützt sind.

Denn eine solche Regelung darf nicht dazu führen, dass alle Schuldner unter einen Generalverdacht gestellt werden, vermeintlich gefährlich zu sein. Es geht vor allem um das Grundrecht der Schuldner auf Schutz ihrer Daten und Privatsphäre, z.B. bezüglich Informationen zu psychischen Erkrankungen.

Die Anhörung zum Gesetzentwurf im Justizausschuss – auch mit Vertretern aus der Praxis - ergab eine gewisse Regelungs- und Informationslücke für Gerichtsvollzieher im Land. Allerdings wurde in der Anhörung auch Änderungsbedarf am Gesetzentwurf mit Blick auf den notwendigen Datenschutz und die Regelungsklarheit angemeldet.

Zur Umsetzung dieser Anhörungsergebnisse erarbeiteten die R2G-Fraktionen einen entsprechenden Änderungsantrag, an dem sich letztlich auch die CDU beteiligte. So integrierte Rot-Rot-Grün einen ausdrücklichen Kriterienkatalog in die Vorschrift, nach welchen „Gefährlichkeitsmerkmalen“ - wie z.B. Waffenbesitz- konkret Auskunft verlangt werden darf.

Der geänderte Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der vier Fraktionen im vergangenen Plenum beschlossen. Es bleibt aber auch Position der LINKEN, dass die sozialen Unterstützungsmechanismen so wirksam sein müssen, dass es erst gar nicht zu Vollstreckungsmaßnahmen wie z. B. einer Wohnungsräumung kommt.

Sandra Steck

Nebenbei notiert

Ein Anstoß

KOMMENTAR VON
MDL KAROLA STANGE

Nach Angaben des Landeswahlleiters bewerben sich bei der Landtagswahl in Thüringen am 27. Oktober deutlich mehr Männer als Frauen um einen Platz im Parlament. Von den 499 Kandidaten der 18 zugelassenen Parteien sind nur 135 Frauen, also noch nicht einmal ein Drittel. Zudem ist der Frauenanteil von 28,3 Prozent zur letzten Landtagswahl im Jahr 2014 auf jetzt 27,1 Prozent gesunken.

Dieser für die gesamte Gesellschaft – nicht nur für die Frauen - unerfreuliche Trend zeigt, wie wichtig es ist, Benachteiligungen von Frauen weiter abzubauen und wieder verstärkt für mehr Gleichstellung im politischen Bereich zu kämpfen. Schien es doch, als seien wir an dieser Stelle schon einmal weiter gewesen.

Ich möchte daher auch in Erinnerung rufen, dass Rot-Rot-Grün mit dem Ziel, Benachteiligung von Frauen in Politik und Parlamenten abzubauen, ein Paritätsgesetz erarbeitet hatte, das im Juli vom Landtag beschlossen worden war. Es tritt am 1. Januar 2020 in Kraft und gilt für die darauffolgende Landtagswahl.

Mit unserem Paritätsgesetz sind alle Parteien verpflichtet, ihre Landeslisten zu mindestens 50 Prozent mit Frauen zu besetzen. Was auch eine verstärkte Motivation bedeudeutet, viel stärker auf die Suche nach politisch interessierten und engagierten Frauen zu gehen. Die Quotierung soll für die Parteien zudem ein Anstoß sein, sich um die Beseitigung diskriminierender Strukturen und Politikstile verstärkt zu kümmern.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

„Jenaer Erklärung“

Forderung nach Verzicht auf den Begriff „Rasse“ in der Wissenschaft

Mit dem Abschlussbericht seiner Enquete-Kommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ wird sich der Thüringer Landtag am 1. Oktober beschäftigen.

Das Thema wird auch in der Wissenschaft debattiert. Lange wurde dort der Begriff „Rasse“ wie selbstverständlich benutzt. Deshalb hatte das Institut für Zoologie und Evolutionsforschung der Friedrich-Schiller-Universität Jena anlässlich der 112. Jahrestagung der Deutschen Zoologischen Gesellschaft in der Saalestadt am 10. September eine öffentliche Abendveranstaltung zum Thema „Jena, Haeckel und die Frage nach den Menschenrassen: wie Rassismus Rassen macht“ ausgerichtet. Dort ist eine „Jenaer Erklärung“ vorgestellt worden. Ihr Fazit: „Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung“.

Mit der Erklärung soll gegen eine scheinbar wissenschaftliche Rechtfertigung für Rassismus vorgegangen werden. In dem Text heißt es dazu sehr deutlich: „Die Idee der Existenz von Menschenrassen war von Anfang an mit einer Bewertung dieser vermeintlichen Rassen verknüpft, ja die Vorstellung der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschengruppen ging der vermeintlich wissenschaftlichen Beschäftigung voraus. Die vorrangig biologische Begründung von Menschengruppen als Rassen – etwa aufgrund der Hautfarbe, Augen- oder Schädelform – hat zur Verfolgung, Versklavung und Ermordung von Abermillionen von Menschen geführt. Auch heute noch wird der Begriff Rasse im Zusammenhang mit menschlichen Gruppen vielfach verwendet. Es gibt hierfür aber keine biologische Begründung und tatsächlich hat es diese auch nie gegeben.“

Der zeitliche Zusammenhang der Erklärung mit dem 100. Todestag des Jenaer Professors Ernst Haeckel am 9. August 2019 ist kein Zufall. Haeckel, der „deutsche Darwin”, sei der wohl bekannteste deutsche Zoologe und Evolutionsbiologe, heißt es in der „Jenaer Erklärung“. Und weiter: „Ernst Haeckel, der Begründer der Stammesgeschichtsforschung hat durch seine vermeintlich wissenschaftliche Anordnung von Menschen‚rassen‘ in einem ‚Stammbaum‘ in fataler Weise zu einem angeblich wissenschaftlich begründeten Rassismus beigetragen. Die Stellung der einzelnen Gruppen basierte auf willkürlich herausgegriffenen Merkmalen wie Hautfarbe oder Haarstruktur und deren Umsetzung in eine stammesgeschichtliche Sichtweise. Daraus wurde eine soziale Leserichtung mit angeblich biologisch höher und tiefer stehenden Menschengruppen.“ Die Erklärung arbeitet indes nicht nur mit historischen Beispielen. Beim Begriff des „Ethnopluralismus“ handele es sich „aber um nichts weiter als um eine Neuformulierung der Ideen der Apartheid“. Die Autoren der „Jenaer Erklärung“, die vom Vorstand der Deutschen Zoologischen Gesellschaft und dem Präsidenten der Friedrich-Schiller-Universität Jena unterstützt wird, fordern in aller Klarheit: „Der Nichtgebrauch des Begriffes Rasse sollte heute und zukünftig zur wissenschaftlichen Redlichkeit gehören.“

Offenbar weiter unredlich will stattdessen die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ sein, das publizistische Scharnier zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus. In der Auseinandersetzung mit der „Jenaer Erklärung“ wurden dort flugs vermeintliche „Rassenunterschiede“ bei Menschen beschworen.

Dr. Stefan Wogawa

Unterstützung für engagierte Vereine

Die Jenaer Landtagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE; Dr. Gudrun Lukin und Torsten Wolf, haben kürzlich erneut engagierten Vereinen in der Stadt mit Spenden aus dem Fonds der Alternative 54 e.V. der LINKE-Landtagsabgeordneten unter die Arme gegriffen:
Der Jenzig-Gesellschaft, den Flüchtlingspaten und Iboamérica e.V.
Der Verein „Flüchtlingspaten Syrien“ hatte eine Dankfeier organisiert für

Spender, die einer syrischen Familie geholfen hatten, Angehörige nachzuholen. Die Familie muss das finanzielle Auskommen der Angehörigen für fünf Jahre nachweisen. Dies bedarf vielfältiger Hilfe und Unterstützung.

Der Iboamérica e.V. wurde 1998 von Studierenden und in Jena lebenden Migranten aus Lateinamerika, Spanien, Portugal, Kamerun sowie deutschen Bürgern gegründet, um die Integration zu unterstützen und den den interkulturellen Austausch zu pflegen. Durch die Spende konnte ein Teil der Kosten des internationalen Festivals „Verano“ gedeckt werden.

Die Jenzig-Gesellschaft wurde unterstützt bei ihrem Vorhaben, im Jenzig-Gasthaus eine Vitrine aufzustellen, in der Saurier-Fossilien gezeigt werden können, die einst in Jenzig-Höhlen gefunden wurden.

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler